

# Tarifabschluss übernehmen

Die Thüringer Beamten nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abkoppeln

Unmittelbar vor der Landtagssitzung, auf der die erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur „Anpassung der Besoldung und der Versorgung in den Jahren 2013 und 2014“ auf der Tagesordnung stand, hatten der DGB und Mitgliedsgewerkschaften am 10. Juli mit einer Aktion vor dem Plenargebäude in Erfurt mehr als 5.400 Unterschriften an den Thüringer Landtag übergeben.

Die Gewerkschafter fordern im Besoldungsanpassungsgesetz eine inhalts- und zeitgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für die Beschäftigten der Länder auf die Besoldung der Beamten. Im Gesetzentwurf ist jedoch eine zeitliche Verschiebung um zehn Monate in 2013 und acht Monate in 2014 sowie eine jeweilige Kürzung um 0,2 Prozent in 2013 und 2014 vorgesehen.

Dazu erklärte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Martina Renner: „Der Vorschlag der Landesregierung, den Tarifabschluss in diesem Jahr um zehn Monate und im kommenden Jahr um acht Monate verspätet zu übertragen, ist nicht zu akzeptieren. Die Forderung der Gewerkschaften und Berufsverbände, die Beamten nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abzukoppeln, ist sozialpolitisch notwendig und finanzpolitisch verantwortbar.“ Martina Renner verwies darauf, dass es bei den Beamten überwie-



gend nicht um hochbezahlte Regierungsräte geht. Mit dem Kürzungsvorschlag der Landesregierung werden, ausgehend vom Tarifabschluss vom 9. März, den Beamten gegenüber den Angestellten in diesem Jahr fast 24 Prozent und im nächsten Jahr noch einmal etwa 20 Prozent eines Monatssolds gekürzt.

„Das heißt z.B. für eine Polizei-Beamtin im Eingangsamt des mittleren Dienstes, in dem etwa ein Drittel der Polizeibeamten über zehn Jahre verharren, dass sie in den Jahren 2013 und 2014 etwa 1.200 Euro gegenüber einer Angestellten im öffentlichen Dienst ver-

liert“, machte die Abgeordnete deutlich und forderte nochmals nachdrücklich die Koalitionspartner auf, den „sozialpolitischen Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in Thüringen einzuhalten.

Die Fraktion DIE LINKE hat bereits im April einen Antrag in den Landtag eingereicht, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, den Tarifabschluss inhalts- und zeitgleich zu übertragen. Dieser wurde in den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen und wurde jetzt in erster Lesung gemeinsam mit den Gesetzentwurf der Landesregierung beraten. ■

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Einheimische Totalausfälle

Der US-Geheimdienst NSA überwacht Internet und Telefone, besonders betroffen ist Deutschland. Angesichts dieser Herausforderung haben drei hiesige Akteure versagt.

Als hoch peinlich geriet erstens das Agieren von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die beim Besuch von Barack Obama in devotester Manier nur um etwas „Transparenz“ bettelte, „was wird benutzt“. Wenn eine Physikerin das Internet „Neuland“ nennt, um die Überwachung zu bagatellisieren, ist dem nichts hinzuzufügen. So untauglich wie entlarvend reagierte zweitens Bundespräsident Joachim Gauck, der sich zwar als oberster „Demokratielehrer“ feiern lässt, außer weihvoller Selbstbespiegelung aber nichts bietet. Mit dem Verrats-Vorwurf an Whistleblower Snowden macht er sich gar zum Sachwalter der US-Geheimdienste. Deutschland hat nur einen „Ex-Bürgerrechtler“ als Bundespräsidenten. Angesichts vom Prism & Co wäre aber ein wirklicher Bürgerrechtler nötig. Man schämt sich fast fremd, dass Gauck wie Merkel Ostdeutsche sind... Als erneuter Totalausfall (nach NSU) erweisen sich drittens die deutschen Geheimdienste. Zu den originären Aufgaben des Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ gehört ausweislich des einschlägigen Gesetzes die Spionageabwehr („sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht“).

In den „Verfassungsschutzberichten“, die dazu ein eigenes Kapitel enthalten, sucht man die NSA indes vergebens. Dieser „Verfassungsschutz“ hat nochmals nachgewiesen, dass ihm sein wohlklingender Name gleich ein paar Nummern zu groß ist. Das Grundgesetz, die deutsche Verfassung, bestimmt in Artikel 10 als eines der Grundrechte: „Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.“ ■

## Den Politikern über die Schultern schauen

Auf Einladung von Dr. Birgit Klaubert besuchten Mitglieder der AWO Lucka, zwei Vertreterinnen von education4kenya e.V. sowie zwei Klassen aus der Regenbogenschule und dem Förderzentrum Schmölln den Thüringer Land-

tag. Die Thüringer Abgeordneten knappten 80 Stunden in der Woche für ihr Mandat tätig sind. Dazu gehören natürlich zahlreiche Sitzungen, das Einlesen in politische Problemfelder, Gespräche mit Bürgern im Wahlkreis-

ren gemeinsame Beratung stattfinden. Diese Beratung konnten die Gäste anschließend knapp eine Stunde lang im Plenarsaal live verfolgen.

Damit waren die offiziellen Tagesordnungspunkte für die Besuchergruppe abgeschlossen. Nach dem gemeinsamen Mittagessen in der Landtagskantine stand nun noch die individuelle Besichtigung der Erfurter Innenstadt auf dem Programm, welche bei hochsommerlichen Temperaturen mit viel Eis genossen wurde. ■

Falko Neubert



tag. Da gerade die Juni-Plenarsitzungen stattfanden, war es möglich, den Thüringer Abgeordneten von der Besuchertribüne aus bei der Arbeit zuzusehen.

Doch zunächst stand der Empfang der Reisegruppe durch den Besucherdienst auf der Tagesordnung. Den Gästen wurde erklärt, ab welchem Alter man Wählen darf, aber man auch selbst gewählt werden kann. Zudem wurde anschaulich erläutert, welche Aufgaben ein Abgeordneter hat und wie lange dieser in der Woche durchschnittlich arbeitet. So hat eine Studie

büro, offizielle Empfänge oder auch Besuche bei verschiedenen Vereinen. Besonders die Schülerinnen und Schüler zeigten sich bei den Ausführungen des Besucherdienstes sehr interessiert und stellten viele Nachfragen.

Bevor es auf die Besuchertribüne ging, fand auch noch Birgit Klaubert, die als Vizepräsidentin gleich die Sitzung leiten sollte, kurz Zeit, die Reisegruppe zu begrüßen.

Sie erklärte, dass gerade im Plenum die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zum Thema „Hochwasser in Thüringen und seine Folgen“ und de-

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.